

EJPD
Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Fachbereich Rechtsetzungsprojekte und
-methodik
Bundesrain 20
3003 BERN

0066

Bern, 18. Januar 2012

**Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten Sicherheitsdienstleistungen:
Vernehmlassung**



Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum titelerwähnten Gesetzesentwurf im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens.

Der Regierungsrat kann dem Gesetzesentwurf zustimmen. Seine Zielsetzung, die von der Schweiz aus im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen zu regeln, verdient Zustimmung. Im erläuternden Bericht wird zutreffend darauf hingewiesen, der Gesetzesentwurf trage zur Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz und zur Wahrung der Neutralität bei und garantiere die Einhaltung des Völkerrechts. Der Regierungsrat begrüsst im Hinblick auf diese Zielsetzung ausdrücklich, dass bestimmte Tätigkeiten ex lege verboten werden sollen und auch ein System mit Verboten vorgesehen ist, die von der zuständigen Bundesbehörde in konkreten Fällen verhängt werden können. Eine direkt Betroffenheit des Kantons Bern von der beabsichtigten Gesetzgebung ist kaum auszumachen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: